

GEOPOLITIK



„Ein hungriges Kind kann nicht lächeln“: Besonders dramatisch ist die Lage der Kinder in Gaza. Deren Sterblichkeit ist zehnmal höher als in Deutschland.

ANADOLU MOIZ SALHI/IMAGO

Und täglich wird gestorben

Trotz Waffenruhe treibt Israel die militärische Besetzung Gazas voran. Für zwei Millionen Menschen schrumpft der Raum, die menschliche Not eskaliert

RAPHAEL SCHMELLER

Während der Iran-Krieg die internationalen Schlagzeilen beherrscht, rückt der Gazastreifen erneut aus dem Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Doch gerade jetzt, in einer Phase, die offiziell als Waffenruhe gilt, verschärft sich die Lage dort dramatisch. Israel weitet seine militärische Kontrolle aus, Hilfsorganisationen warnen vor einer weiteren humanitären Katastrophe, und die Lebensbedingungen für rund zwei Millionen Menschen werden immer unerträglicher.

Nächstes Ziel: 70 Prozent

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte jüngst, die Armee kontrolliere inzwischen rund 60 Prozent des Gazastreifens. Seine Anweisung lautete, diesen Anteil auf 70 Prozent zu erhöhen. Als ein Zuhörer während der Rede forderte, Israel solle gleich den gesamten Gazastreifen einnehmen, antwortete Netanjahu, man gehe „Schritt für Schritt“ vor – zuerst 70 Prozent, damit fange man an.

Bei Inkrafttreten der von den USA vermittelten Waffenruhe im Oktober 2025 lag

der israelische Kontrollbereich noch bei rund 53 Prozent der Fläche. Der Gazastreifen umfasst nur etwa 365 Quadratkilometer.

Konkret bedeutet das Vorgehen Israels, dass sich der verbleibende Lebensraum für die palästinensische Bevölkerung immer weiter verengt, sagt Riad Othman. Er arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für die Hilfsorganisation Medico International, zuvor leitete er das Medico-Büro für Israel und Palästina. Was im Gazastreifen geschehe, beschreibt Othman nicht als stabile Waffenruhe, sondern als fortgesetzte Gewalt unter anderem Namen.

„Die Situation im Gazastreifen ist weiterhin alarmierend“, sagt Othman der Berliner Zeitung. Israel verletze die sogenannte Waffenruhe ständig, während israelische Behörden ihre Darstellung der Lage weiter verbreiteten. Besonders gravierend seien die Folgen für Kinder, Kranke und Vertriebene.

Die Kindersterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren liege in den besetzten palästinensischen Gebieten laut Unicef bei 37,9 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten, sagt Othman. Zum Vergleich: In Deutschland liege dieser Wert bei 3,7. Die Ausbreitung von Krankheiten werde durch mehrere

Faktoren begünstigt: die anhaltende Blockade, die Zwangsvertreibung der Bevölkerung und die Internierung von Menschen auf weniger als 40 Prozent der Vorkriegsfläche Gazas. Hinzu komme das weitgehend zerstörte Gesundheitswesen.

Othman verweist außerdem auf die israelische Liste sogenannter Dual-Use-Güter – also Waren, die nach israelischer Lesart sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden könnten. Darunter fielen nach seinen Angaben nicht nur technische Geräte, sondern auch Schlafsäcke, mobile Toiletten oder nichtelektrische Rollstühle.

„Die israelische Liste verbotener und beschränkter Waren umfasst tausende Güter“, sagt Othman. Für die Menschen in Gaza bedeute das: Selbst elementare Dinge für Hygiene, Mobilität, Unterbringung oder medizinische Versorgung kämen nur eingeschränkt oder gar nicht hinein.

Auch über die Todeszahlen werde immer wieder gestritten. Othman hält die offiziellen Zahlen des Gesundheitsministeriums in Gaza nicht für überhöht, sondern im Gegenteil für zu niedrig. Die Behörde zähle nur jene Toten, die identifiziert werden könnten. Viele Opfer indirekter Kriegsfolgen tauchten deshalb in den offiziellen

Statistiken nicht oder erst spät auf. Als Beispiel nennt Othman Dialysepatienten.

Mehrere hundert Menschen seien an Nierenversagen gestorben, weil die Dialysekapazitäten in Gaza zerstört worden seien.

Studien internationaler Forschungsgruppen stützen die Annahme einer deutlich höheren Sterblichkeit. Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung kam zu dem Schluss, dass die Zahl der Getöteten in Gaza bis Anfang Oktober 2025 wahrscheinlich 100.000 überschritten hatte. Eine im Fachmagazin The Lancet veröffentlichte Untersuchung bestätigte ebenfalls eine erhebliche Untererfassung der Todesfälle.

Auch die Versorgungslage widerspricht nach Othmans Darstellung den israelischen Angaben. Auf die Frage, ob derzeit ausreichend Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangten, antwortet er klar: „Nein, auch wenn die israelische Regierung und ihre Behörden uns das glauben machen wollen.“

Ein zentrales Problem sei, dass Israel bei der Zahl der Lastwagen nicht transparent zwischen kommerziellen Lieferungen und humanitärer Hilfe unterscheide. Waren, die palästinensische Händler importierten, seien keine Hilfe, sondern gelangten auf einen durch Krieg, Besetzung und künstliche Verknappung regulierten Markt. Davon profitierten Kriegsgewinnler – und auch der israelische Staat, der sich Einfuhrgenehmigungen für kommerzielle Händler bezahlen lasse.

Othman verweist zudem auf Berichte, wonach die israelische Besatzungsbehörde COGAT ihre Zählweise verändert habe. Demnach würden nicht mehr tatsächliche Lastwagen gezählt, sondern zwölf Paletten als ein Lastwagen gerechnet. Da viele Lkw deutlich mehr Paletten geladen hätten, könne die Zahl der Lieferungen in der Aufzählung künstlich erhöht werden.

Hilfsorganisationen berichten unterdessen von wachsender Mangelernährung bei Kindern, fehlenden medizinischen Evakuierungen, zusammenbrechenden Abwassersystemen, Rattenplagen und einem Mangel an medizinischem Gerät.

Zwar komme inzwischen mehr Nahrung nach Gaza als in den schlimmsten Phasen

des Krieges, doch viele Familien könnten sie nicht bezahlen. Hunderttausende Kinder haben seit Jahren keinen regulären Schulunterricht mehr. Hunderttausende Menschen leben weiter in Zelten.

Militärisch spricht Othman nicht von Kämpfen im klassischen Sinn. „Die israelische Armee greift regelmäßig, eigentlich täglich Ziele an“, sagt er. Seit Beginn der sogenannten Waffenruhe im Oktober 2025 seien bei israelischen Angriffen rund 930 Menschen getötet worden. Die Mehrheit der Opfer seien weiterhin Zivilisten.

Deutsche Doppelstandards

Zugleich werde die militärische Kontrolle Schritt für Schritt ausgeweitet. Die sogenannte Gelbe Linie, die in der Waffenruhe eine Grenze markieren sollte, sei faktisch längst verschoben worden. Othman spricht von einer „orangenen Linie“, die immer weiter nach Westen rücke. Der Raum zwischen dieser Linie und dem Mittelmeer, in dem rund zwei Millionen Menschen eingeschlossen seien, werde immer schmaler.

„Trump sieht dabei zu, wie Netanjahu seinen großartigen Friedensplan ignoriert“, sagt Othman. Aus seiner Sicht war dieser Plan nie auf einen wirklichen Frieden angelegt. Die Hamas werde sich unter den derzeitigen Bedingungen nicht entwaffnen lassen; zugleich seien weder Israel noch die USA aus Sicht der Hamas vertrauenswürdige Partner.

Eine politische Lösung sieht Othman derzeit nicht. Besonders kritisch bewertet er die Rolle Deutschlands. Die Bundesregierung setze weiterhin Doppelstandards zugunsten Israels durch oder blockiere andere EU-Staaten, wenn diese auf rechtliche Normen und vertragliche Verpflichtungen pochten. Als Beispiel nennt er die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens, gegen die sich die Bundesregierung im Gegensatz zur Mehrheit der anderen EU-Staaten ausspricht.

Zwischen internationalen Gerichtsverfahren, diplomatischen Blockaden und einer Weltöffentlichkeit, die auf den Iran und andere Konfliktregionen blickt, entstehen im Gazastreifen derzeit Fakten, die sich kaum rückgängig machen lassen.